

**Sendung Politikum des WDR zum Thema „Flüchtlingsgruppen müssen differenziert werden“ vom 16. Juli 2015 mit Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes**

**Moderator Stephen Karkowsky**

Die Kanzlerin hats nicht so mit Kindern, findet das Netz. Das diskutierte heute ein NDR-Video. Zu sehen ist da Merkel im Gespräch mit einem weinenden Flüchtlingsmädchen aus dem Libanon.

**Mädchen**

Ich bin ja jetzt hier, lebe zwar, aber ich weiß nicht, wie meine Zukunft aussieht. So lange ich nicht wirklich weiß, dass ich hier bleiben kann....

**Merkel**

Das ist klar. Deshalb muss das jetzt einer Entscheidung zugeführt werden.

**Stephen Karkowsky**

Ja ist klar. Mit der Empathie einer Aktentasche behandelt die Kanzlerin ein Kind, das seit vier Jahren in Deutschland lebt, akzentfrei deutsch spricht und ihre Oma vermisst. Trotzdem droht die Abschiebung, so ist die Rechtslage. Das Problem, sagt Merkel, sei die Dauer des Asylverfahrens. Der Antrag der Familie hätte viel früher abgelehnt werden müssen. Damit spricht sie vermutlich Gerd Landsberg aus dem Herzen, dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Herr Landsberg, warum müssen Kinder wie dieses, unter der deutschen Bürokratie leiden?

**Dr. Gerd Landsberg**

Das liegt daran, dass die Zahl der Asylanträge dramatisch gestiegen ist. Wir werden dieses Jahr 450 bis 500.000 Personen in Deutschland haben, die entsprechende Anträge stellen. Und natürlich ist die Bürokratie, das ist ja keine kommunale Bürokratie, sondern das Bundesamt für Migration, darauf nicht in ausreichendem Maße vorbereitet. Deswegen haben wir im Moment bei diesem Amt 230.000 nicht bearbeitete Anträge, und deswegen dauert das. Es hat einen weiteren Grund. Die Schicksale, die dort ja überprüft werden müssen, sind häufig wahnsinnig schwierig zu überprüfen. Das sind Situationen, die man beurteilen muss in ganz anderen Ländern, wo man nicht eben mal die Regierung anrufen kann und fragen, stimmt das denn, was der uns hier erzählt hat. Und das dauert. Und der Rechtsstaat mahlt manchmal langsam, oft zu langsam.

**Karkowsky**

Nun will die Politik es sich ja leichter machen. Sie will, dass Flüchtlinge von Anfang an in zwei Kategorien aufgeteilt werden. Die einen mit großen Chancen auf Asyl, z. B. aus ganz klaren Bürgerkriegsländern. Die anderen aus Ländern, die als sicher gelten, weswegen sie dann fast keine Chancen

haben auf Asyl in Deutschland. Sie sagen, Sie finden das richtig. In welche Kategorie würde dann das Mädchen aus dem Libanon fallen?

### **Landsberg**

Das Mädchen aus dem Libanon würde wahrscheinlich in keine der beiden Kategorien fallen. Die sogenannten sicheren Herkunftsländer sind einmal die, die der Gesetzgeber als solche definiert hat und es sind insbesondere die Balkanstaaten, Kosovo, Albanien, Serbien. Und um da mal Zahlen zu nennen: Von Januar bis Juni diesen Jahres sind aus dem Kosovo 31.400 Personen gekommen, aus Albanien 22.209 und aus Serbien über 13.000.

Demgegenüber sind die Syrier „nur“ mit 34.000 Personen vertreten. Und ich glaube, dass es schon gerechtfertigt ist, hier zu differenzieren. Man muss ja fragen, was ist der Sinn unseres Asylrechts. Das Asylrecht will politisch Verfolgten Schutz gewähren. Es ist aber nicht die Aufgabe des Asylrechts, Wirtschaftsflüchtlingen oder Menschen, die aus für mich nachvollziehbaren Gründen nach Deutschland kommen wollen, weil es ihnen zu Hause nicht gut oder sogar schlecht geht, denen entsprechende Aufenthaltstitel über das Asylrecht zu gewähren. Und dann ist das schon gerechtfertigt, hier im Verwaltungsvorgang zu differenzieren.

### **Karkowsky**

Aber es soll ja noch mehr differenziert werden. Die Flüchtlinge würden dann quasi in erster und zweiter Klasse unterteilt werden. Der Chef des Bundesamtes für Migration z. B. will denen, aus den Balkanstaaten, kein Taschengeld mehr zahlen. Sie unterstützen das. Wie würden Sie das diesem Flüchtlingsmädchen erklären?

### **Landsberg.**

Also wie gesagt, das Flüchtlingsmädchen würde da nicht reinpassen, weil sie eben nicht aus dem Balkan, sondern aus dem Libanon kommt. Der Libanon ist in großen Bereichen ein Kriegsgebiet. Also würde das Mädchen bzw. seine Eltern das Taschengeld bekommen. Aber man muss wissen, warum kommen die Menschen aus dem Südbalkan. Sie kommen, weil die Lebensverhältnisse dort miserabel sind. Weil dort 300 Euro im Monat ein guter Verdienst sind. So dass, wenn Sie nach Deutschland kommen und bekommen in einer Asylbewerberunterkunft einen Platz plus 300 Euro Taschengeld im Monat, das ein Anreiz ist und es ist aus meiner Sicht richtig, diese Anreize zu reduzieren, das heißt nicht, dass man das Taschengeld vielleicht ganz abschaffen soll. Aber darauf zu achten, wie wirkt unser Recht auf diese Herkunftsländer, das finde ich schon richtig.

### **Karkowsky**

Hätten Sie nicht Angst, dass das auch ein Signal aussendet, in die ohnehin wenig gastfreundliche deutsche Bevölkerung nach dem Motto, die Jugos haben hier nichts zu suchen?

### **Landsberg**

Das muss man verhindern, aber ich teile nicht Ihre Auffassung, dass die deutsche Bevölkerung wenig gastfreundlich ist. Wir haben so viele freiwillige Bewerber, die helfen wollen, wenn Flüchtlinge kommen, dass wir sie teilweise gar nicht alle ordnungsgemäß irgendwie einsetzen können. Sie sagen, Deutschland ist fremden- oder flüchtlingsfeindlich, das würde ich bestreiten. Natürlich gibt es bedauerliche Vorfälle, die laufen ja auch in den Medien. Aber flächendeckend würde ich das auf keinen Fall so sehen.

### **Karkowsky**

Wenn das so kommt, wie Sie sich das vorstellen, also schneller entschieden wird über Asylsuchende, dann besteht doch in diesen – ich nenne es jetzt mal ganz boshaft „Schnellgerichten“ – doch auch die Gefahr von Fehlern. Weil nur die Einzelfallentscheidung dem Menschenrecht auf Asylsuche wirklich gerecht werden kann, oder?

### **Landsberg**

Das sehe ich genau umgekehrt. Wenn der Entscheider weniger belastet ist mit den Menschen aus Syrien, aus dem Irak, weil man dort großzügig ist, - im Zweifel selbst wenn sie abgelehnt werden, sie können doch sowieso nicht zurück - dann hat er doch viel mehr Zeit, sich die anderen Fälle genau anzuschauen. Und im Übrigen die Rechtsmittel sind ja einheitlich, das heißt, die Verwaltungsgerichte müssen und werden auch in Zukunft entscheiden. So dass sich diese Differenzierung aus meiner Sicht gar nicht zu Lasten dieser Menschen geht, sondern möglicher Weise zu ihren Gunsten.

### **Karkowsky**

Glauben Sie denn, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wäre auf kurze oder sogar auf mittlere Sicht überhaupt dazu in der Lage, die Verfahren so, wie es jetzt geplant ist, zu beschleunigen und schneller auszusortieren?

### **Landsberg**

Das glaube ich schon. Der Bund hat ja weitere 2.000 Stellen bewilligt. Die werden jetzt besetzt, aber das ist natürlich auch nicht so ganz einfach. Sie müssen Menschen finden, die das können. Die müssen sie ausbilden. Das heißt, die Entscheidung heute, es gibt 2.000 zusätzliche Entscheider, heißt nicht, dass die morgen am Schreibtisch sitzen. Mittelfristig glaube ich, wird es gelingen. Wir sind jetzt bei einem Schnitt von etwa 5 Monate. Das Ziel muss aus meiner Sicht sogar deutlich unter drei Monate sein. Und aus kommunaler Sicht sagen wir ja, wir möchten, dass die Menschen mit der Bewilligung in die Kommune kommen, dann sofort arbeiten dürfen, sofort Integrationsmaß-

nahmen bekommen, Sprachunterricht und auch schnell in den Arbeitsprozess. Aber das hängt sehr stark an dem Status. Deswegen haben wir großes Interesse daran, dass jedenfalls die positiven Entscheidungen deutlich schneller bewilligt werden.

### **Karkowsky**

Kritisch bleibt da natürlich die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Da stauen sich dann die Asylbewerber mit wenig Chancen auf einen erfolgreichen Asylantrag. Besteht da nicht die Gefahr, der „Verslummung“ und weiterer sozialer Probleme?

### **Landsberg**

Die Gefahr besteht. Es ist allerdings Aufgabe der Länder, die Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen zu erhöhen. Ich würde auch immer dazu raten, nicht so riesige Einrichtungen, also mit Hunderten von Leuten. Zweitens muss man natürlich das als nur ein Baustein sehen. Man muss mit den Herkunftsländern reden und sagen, wie können wir euch helfen, übrigens auch gemeinsam mit der EU, dass die Menschen sich erst gar nicht auf den Weg nach hier machen, sondern eine Lebens- und Arbeitsperspektive in Ihren Ländern bekommen. Das geht. Aber auch das geht natürlich nicht von heute auf morgen.

### **Karkowsky**

Früh genug aussortieren und schneller entscheiden. Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Wir sprachen mit dem Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Ihnen besten Dank.

### **Landsberg**

Bitte schön.